



Heilerziehungspflege stärken!

# **Pressespiegel**

## **HEP-Demo 25. April 2024**

## Menschen mit Behinderung droht Exklusion und Diskriminierung. Personalmangel verhindert Teilhabe!

*Hessen braucht HEPs und andere Inklusionsprofis!*

*HEP-Bündnis ruft zu Protest auf*

*Demonstration am 25. April 2024 in Wiesbaden auf dem Kranzplatz*

HEP-Bündnis ruft zu Protest auf Demonstration am 25. April 2024 in Wiesbaden auf dem Kranzplatz  
Foto: Stephan Laux

Hessen braucht HEPs und andere Inklusionsprofis!

Heilerziehungspfleger\*innen (HEP) sind für die Assistenz und Pflege von Menschen mit Behinderung zuständig. Die Berufsgruppe fällt derzeit leider durch alle politischen Raster und erfährt kaum Unterstützung und Stärkung. Deshalb hat sich ein breites Bündnis von Selbstvertretungen, Verbänden, Fachschulen, Einrichtungen und Angehörigenvertretungen zusammengefunden und positioniert sich für eine Stärkung der HEPs und für andere Berufsgruppen im Feld der Behindertenhilfe. Inklusion kann nur mit ausreichend Fach- und Assistenzkräften gelingen! Diese auszubilden und deren Arbeitsbedingungen zukunftsfähig zu gestalten, braucht schnelles und entschlossenes politisches Handeln. Alle müssen jetzt der Inklusion eine Stimme geben!

Laut dem Statistischen Bundesamt lebten 2022 in Deutschland 7,8 Millionen schwerbehinderte Menschen. Das sind 9,4 % der Gesamtbevölkerung. In Hessen waren es 587.000 schwerbehinderte Menschen. Nicht alle von diesen sind auf Unterstützung angewiesen. Aber knapp 1 Millionen Menschen mit Behinderung, die in Deutschland Leistungen der Eingliederungshilfe (Sozialgesetzbuch IX) beziehen, brauchen häufig HEPs und andere Inklusionsprofis, um den Alltag zu bewältigen. In Hessen sind es aktuell 72.000 Leistungsempfänger\*innen. HEPs und andere Fachkräfte arbeiten in ambulanten oder stationären Wohnangeboten, in Rehabilitationszentren, in Werkstätten, in Förderschulen und integrativen Kindertagesstätten oder direkt in den Familien. Sie sind Profis, die Inklusion ermöglichen. Ziel ihrer Arbeit: Menschen mit Hilfebedarf in deren Selbstbestimmung und Alltag zu unterstützen und ihnen ein Leben in der Mitte der Gesellschaft zu ermöglichen.

Aufgrund eines massiven Fach- und Arbeitskräftemangels droht mittlerweile eine Unterversorgung für Menschen in vielen Bereichen der Behindertenhilfe und Sozialpsychiatrie. Es gibt immer weniger Inklusionsprofis und damit immer weniger Wohn- und Arbeitsangebote für Menschen mit Behinderung. Für selbstbestimmte, kleinteilige Angebote fehlen die Finanzierung, die Fachkräfte und Wohnraum.

Die Zahl der Schüler\*innen in den Fachschulen für Heilerziehungspflege sinkt in Hessen und bundesweit dramatisch. In 2024 werden deutlich unter 400 HEPs ihre Ausbildung in Hessen abschließen. Der Bedarf an Fachkräften in der Hessischen Behindertenhilfe beträgt aktuell aber rund 3.000 und wächst jährlich aufgrund des demographischen Wandels. Diese Situation verhindert Inklusion und diskriminiert Menschen mit Behinderung und deren Familien.

In Hessen will die neue Landesregierung die Rahmenbedingungen für HEPs und deren Auszubildende verbessern. Dafür wurden im Koalitionsvertrag konkrete Maßnahmen vereinbart, die das HEP-Bündnis ausdrücklich begrüßt. Die Maßnahmen müssen schnell kommen, um eine sich immer weiter zuspitzende Notlage abzuwenden.

Wichtig ist auch die schnelle Durchsetzung von erleichterten Zugängen von ausländischen Fachkräften und Auszubildenden in das Feld der Behindertenhilfe. Die im Ausland erworbenen Fachhoch- und Hochschulreifen müssen als gleichwertig akzeptiert oder zumindest als Zugangsvoraussetzung für eine HEP-Ausbildung anerkannt werden.

Am 25. April ab 12 Uhr führen wir als Bündnis auf dem Kranzplatz vor der Staatskanzlei eine große Protestaktion durch, um auf die Diskriminierung von Menschen mit Behinderung und den Personal- und Ausbildungsmangel in der Behindertenhilfe aufmerksam zu machen. Viele Menschen werden kommen: Selbstvertreter\*innen, Angehörige, HEPs, Auszubildende etc. Vor der Protestaktion werden wir in der Landespressekonferenz unser Forderungspapier der Öffentlichkeit vorstellen. Die Aktion ist Teil eines bundesweiten Protesttages!

Wir bitten Sie hiermit, unser Anliegen zu unterstützen und sich politisch dafür einzusetzen, dass der Personal- und Ausbildungsmangel in der Behindertenhilfe genauso entschieden bekämpft wird wie in anderen Helfefeldern! Soziale Gerechtigkeit und sozialer Frieden brauchen Wachsamkeit für alle Helfefelder!

Kommen Sie am 25.4. um 12h nach Wiesbaden und protestieren Sie mit uns!



epd-bild/Meike Boeschmeyer / Diakonie beklagt einen massiven Mangel an Heilerziehungspflegern (HEP) und anderen Inklusions-Fachkräften in der Behindertenhilfe.

## **BEHINDERTENHILFE IN NOT**

Bündnis warnt vor Personalmangel

In Hessen warnt ein Bündnis aus mehr als zwei Dutzend Verbänden, Fachschulen, Vertretungen und sozialen Einrichtungen vor dem massiven Mangel an Heilerziehungspflegern (HEP) und anderen Inklusions-Fachkräften in der Behindertenhilfe.

"Landesweit fehlen rund 3.000 Fachkräfte, in Hessen werden dieses Jahr aber nur unter 300, in Rheinland-Pfalz sogar nur unter 200 Personen ihre HEP-Ausbildung abschließen", sagt Thorsten Hinz, Vorstand der Nieder-Ramstädter Diakonie und Mitinitiator des Bündnisses, dem Evangelischen Pressedienst (epd). Diese Situation verhindere Inklusion. Es drohe eine Unterversorgung, mahnt das Bündnis in einer Mitteilung.

Schon heute führe der Personalmangel dazu, dass in der Behindertenhilfe immer stärker auch Pflegekräfte oder Erzieher eingesetzt werden müssten, sagt Hinz. In manchen Sozialunternehmen machten diese bereits 20 bis 40 Prozent der Fachkräfte aus. In jenen Ausbildungen gebe es aber andere Schwerpunkte als in der Behindertenhilfe, weshalb fehlende Kenntnisse erst über viele Berufsjahre oder interne Fortbildungen aufgeholt werden müssten. "Gerade in der Behindertenhilfe sind spezifische Qualifikationen dringend notwendig", sagt der Vorstand. Bei vielen anderen Unternehmen wiederum sei die Lage so ernst, dass Angebote geschlossen oder verkleinert werden müssten.

Auch die Nieder-Ramstädter Diakonie hätte mehr als 100 Bewerber auf Wohnangebote, die nicht bedient werden könnten. Ein Problem sei der demografische Wandel: "Viele Sozialunternehmen haben eine überalterte Belegschaft, wobei in den kommenden Jahren noch eine Zuspitzung droht. Die Heilerziehungspflege trocknet aus - und wird ausgetrocknet." Schwierig sei etwa, dass das Berufsbild und die Ausbildung in jedem anderen Bundesland anders strukturiert sei. "In Hessen dauert der Weg eines HEP in Ausbildung im schlimmsten Fall sechs Jahre", sagt Hinz. Auch dass bei der rein schulischen Qualifizierung immer noch ein Schulgeld zu zahlen sei, "ist der heutigen Zeit nicht mehr angemessen".

Für Hinz und das Bündnis ist klar: "Das Berufsbild muss attraktiver gemacht, außerdem sollte dringend in die Ausbildung investiert werden. Wichtig ist aber auch der globale Arbeits- und Ausbildungsmarkt. Ohne Einwanderung wird es nicht gehen", sagte der Vorstand. Etwa bei der Anerkennung ausländischer Schulabschlüsse müsse Bürokratie abgebaut werden. Auch, dass das Abitur aus bestimmten Staaten in Deutschland mit einem Hauptschulabschluss gleichgesetzt werde, sei problematisch.

Mehr finanzielle Unterstützung wünscht sich der Vorstand zudem bei der Anwerbung neuer Azubis aus dem Ausland. "Bis ein Kandidat am Flughafen in Frankfurt landet, ist mit 5.000 bis 10.000 Euro zu rechnen, etwa für Sprachkurse, Vermittlungsgebühren, Zertifizierungen und Einreisekosten. Dann kommen hierzulande die Unterbringung, Verpflegung, Mobilität und Ähnliches hinzu", erläutert Hinz.

Das Bündnis lädt am 25. April zu einem Protest auf dem Kranzplatz vor der Staatskanzlei in Wiesbaden ein. Den Angaben zufolge lebten im Jahr 2022 allein in Hessen rund 587.000 schwerbehinderte Menschen, von denen jedoch nicht alle auf Unterstützung angewiesen sind. Bundesweit bräuchten etwa eine Million Menschen die Hilfe von HEPs und anderen Inklusionsprofis. / Christopher Hechler



Mehr als zwei Dutzend hessische Verbände, Fachschulen, Vertretungen und soziale Einrichtungen warnen aktuell vor einem eklatanten Mangel an Heilerziehungspfleger:innen und anderen Fachkräften in der Behindertenhilfe. Das Bündnis mahnt, dass eine Unterversorgung droht und damit Inklusion gehindert wird.

*Landesweit fehlen rund 3.000 Fachkräfte, in Hessen werden dieses Jahr aber nicht einmal 300 Personen ihre Ausbildung abschließen*

Thorsten Hinz, Vorstand der Nieder-Ramstädter Diakonie und Mitinitiator des Bündnisses

Der Personalmangel führt dazu, dass in der Behindertenhilfe vermehrt auch Pflegefachkräfte und Erzieher:innen beschäftigt werden. Laut Hinz machen diese in manchen Unternehmen 20 bis 40 Prozent der Fachkräfte aus. Durch die unterschiedlichen Ausbildungsschwerpunkte müssten fehlende Kenntnisse erst durch langjährige Tätigkeit oder Fortbildung aufgearbeitet werden.

*Einwanderung als notwendiger Teil der Lösung*

Als zwingend notwendigen Teil der Lösung sieht Hinz die Vereinfachung von Fachkräfteeinwanderung und die finanzielle Unterstützung von Einrichtungen beim Anwerben ausländischer Fachkräfte. Der demografische Wandel ist verbunden mit einer Überalterung der Arbeitnehmer:innenstruktur in den Betrieben, sodass sich das Problem in Zukunft noch zuspitzen wird. Das Berufsfeld muss daher dringend attraktiver gestaltet werden, um die notwendige und gewollte Inklusion tatsächlich auch langfristig sicherstellen zu können.



27:32 Min. | hessenschau | 25.04.24, 19:30 Uhr





## Gesellschaft: Reformation: Aktionsplan zur UN-Behindertenrechtskonvention



**Hessen möchte seinen Landesaktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention weiterentwickeln. Für mehr Teilhabe sind unter anderem Dialogforen geplant.**

Wiesbaden (dpa/lhe) - [Menschen mit Behinderung](#) sollen nach den Worten von Hessens Sozialministerin Heike Hofmann mehr Mitsprachemöglichkeiten bekommen. Die SPD-Politikerin kündigte im Gespräch mit der Deutschen Presse-Agentur in Wiesbaden zwei Dialogforen für die zweite Jahreshälfte 2024 an. Damit werde das Vorhaben aus dem schwarz-roten Koalitionsvertrag in Angriff genommen, den hessischen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention neu aufzulegen und weiterzuentwickeln. Am Sonntag (5. Mai) ist der Europäische Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung.

In den Dialogforen soll es darum gehen, wie der Alltag von Menschen mit Behinderungen verbessert werden kann - und zwar ganz konkret und in einem überschaubaren Zeitraum. Dafür sollen neben Bürgerinnen und Bürgern beispielsweise Vertreter von Unternehmen, Kommunen oder des Landeswohlfahrtsverbandes an einen Tisch kommen. „Wir wollen die UN-Behindertenrechtskonvention hier in [Hessen](#) noch konsequenter umsetzen“, bekräftigte Hofmann. „Wir wollen die inklusive Gesellschaft weiterentwickeln, denn da müssen wir noch viel besser werden.“ Ein wichtiger Punkt der gesellschaftlichen Teilhabe sei die Mitsprache.

Die UN-Behindertenrechtskonvention stellt unter anderem klar, dass die Inklusion von Menschen mit Behinderung in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens ein Menschenrecht ist. Zu den zentralen Forderungen zählen die Barrierefreiheit im öffentlichen Raum, das Recht auf eine eigenständige Lebensgestaltung und die Partizipation an allen Entscheidungen, die Menschen mit Behinderungen betreffen.

Hofmann kündigte zudem an, dass Hessen den Zugang zu einer Ausbildung in der Heilerziehungspflege erleichtere. Dieser Schritt soll der Personalnot in der Pflege und in der Assistenz für Menschen mit Behinderung entgegenwirken. Nach den Worten der Ministerin soll die praxisintegrierte, vergütete Ausbildung, die es bereits für Erzieherinnen und Erzieher gibt, künftig auf die Heilerziehungspflege ausgeweitet werden. Ein breites Bündnis aus Sozialverbänden und -organisationen hatte vor Kurzem eine sinkende Zahl vor Studierenden für die Heilerziehungspflege beklagt. 2024 würden deutlich unter 400 Männer und Frauen ihre Ausbildung abschließen - der Bedarf läge allerdings bei rund 3000 Fachkräften.

Auch online veröffentlicht auf:

Die Zeit: [Gesellschaft: Reformation: Aktionsplan zur UN-Behindertenrechtskonvention | ZEIT ONLINE](#)

Main-Echo [Aktionsplan zur UN-Behindertenrechtskonvention soll reformiert werden \(main-echo.de\)](#)

Bergsträsser Anzeiger: [Hessen möchte Plan zur UN-Behindertenrechtskonvention reformieren \(bergstraesser-anzeiger.de\)](#)

Stern: [Gesellschaft: Reformation: Aktionsplan zur UN-Behindertenrechtskonvention | STERN.de](#)

HNA: [Reformation: Aktionsplan zur UN-Behindertenrechtskonvention \(hna.de\)](#)